

Liebe Mitstreiter,

die Planungen für die Großunterkunft für Flüchtlinge in der Osterfeldstraße sind Geschichte! Der Plan für eine planlose Politik, der auf dem Rücken von Integration, regionaler Bevölkerung und hamburgischer Steuerzahlern einem Investor Millionengewinne ermöglicht hätte - die sogenannte „Premiumlösung“ - ist endgültig gescheitert. Damit siegen Vernunft und Bürgerdemokratie über Profitgier, Planungseuphemismus und Konzeptlosigkeit.

Mit Ihrer Pressemeldung am 22.06. haben Bezirksamt Nord und Investor Maas gemeinsam eingestanden, dass das überdimensionierte und integrationsfeindliche Bauvorhaben an der Osterfeldstraße gescheitert ist. Es sei nicht rechtzeitig gelungen, sich auf einen „unstreitigen Investitionsschutz“ zu verständigen, heißt es in der Pressemeldung des Bezirkes. Der Allianz von Planungswahn und Profitmaximierung wurde am Ende das Risiko doch zu heiß, die imperativen und konzeptlose Wohnungsbaupolitik gegen die eigene Bevölkerung, gegen das regionale Gewerbe und gegen jegliche Integrationsexpertise nicht durchsetzen zu können.

Was, wenn ein Gericht festgestellt hätte, dass der § 246 für die Osterfeldstraße rechtswidrig angewandt wird? Was, wenn der Volksentscheid die Planungen komplett umgeworfen hätte? Wenn das Bürgerbegehren zu einem Baustopp geführt hätte? Wenn eppendorfer Bürgerinnen und Bürger die nachträgliche Legitimation über die nachzuliefernde B-Planänderung verweigert hätten? Wenn die Flüchtlingsunterkünfte dann doch nicht als schicke Eigentumswohnungen hätten verkauft werden können? Wer wäre auf den Kosten sitzen geblieben? Der Investor wollte es offensichtlich nicht! Und die Stadt vernünftigerweise auch nicht!

Dass Politik und Investor hier zurückgerudert sind - nach einem ceasarischen „wir reden nicht über das ob, sondern nur über das wie“ - nach einer beschämenden Basta-Vorstellung in der Nikolaikirche - nach laufender Gesprächsverweigerung in den letzten Monaten - ist der Verdienst von Vielen: Von den Gewerbetreibenden, die sich nicht klaglos verdrängen lassen wollten, von der CDU, die den Widerstand in unserem Stadtteil durch Information erst ermöglicht hat, unserer Bürgerinitiative, die die Integrationsfeindlichkeit der Großunterkunft deutlich machen konnte und nicht zuletzt von allen eppendorfer und lokstedter Bürgerinnen und Bürgern, die uns durch Ihre Spende, ihre Unterschrift und ihren Zuspruch unterstützt haben. Dafür sei an dieser Stelle allen Unterstützern vielen Dank gesagt!

Ohne Euch hätten wir keine 20.000 Flugblätter im Stadtteil verteilen können, nicht tausende von Stimmen für die Volksinitiative und das Bürgerbegehren gesammelt, keine Demonstration durchgeführt, nicht regelmäßig die Bürgerversammlung mit Bürgerfragen konfrontiert, keinen wöchentlichen Infostand am Marie-Jonas-Platz unterhalten, keine Webseite gepflegt und keine Newsletter streuen können!

Aber neben allen regionalen Aspekten ist es auch ein Verdienst des „Dachverbandes für gute Integration“, der die Volksinitiative initiiert, die Bürgerbegehren koordiniert und uns allen eine gemeinsame und starke Bürgerstimme in der städtischen Politik gegeben hat! Auch wenn die Großunterkunft in der Osterfeldstraße Geschichte ist, so ist der Kampf für eine gute Integration in ganz Hamburg noch nicht zu Ende. Derzeit laufen die Verhandlungen zwischen den Initiatoren der Volksinitiative und der Stadt. Und noch sind nicht alle Massenunterkünfte vom Tisch, obwohl die Entwicklung der Flüchtlingszahlen diese „Notplanungen“ der Stadt in keinem Fall mehr rechtfertigen! So beabsichtigt die Stadt beispielsweise weiterhin in unserem Bezirk in Klein Borstel eine Großsiedlung für 700 Flüchtlinge zu errichten. In Wohncontainern! Obwohl deutlich bessere Integrationsalternativen in kleinerem Maßstab und Festbauten von der dortigen Bürgerinitiative vorgelegt wurden.

Im Rahmen der Volksinitiative und den Verhandlungen der derzeit stattfindenden Volksgesetzgebung werden wir weiter unser Ziel verfolgen: Auch Eppendorf soll Verantwortung übernehmen und Flüchtlinge integrieren! Mit innovativen und integrationsfreundlichen Wohnkonzepten und in vernünftigem und fairem Maßstab. Für jeden neuen Bebauungsplan und jeden neuen Wohnungsbau sollte ein Viertelmix von Eigentums-, Miet-, Sozial- und Flüchtlingswohnungen festgeschrieben und mit den Investoren ausgehandelt werden. Dafür werden wir uns einsetzen!

Wir kämpfen weiter für eine gute Integration in Hamburg, für ein gelingendes Zusammenleben mit den Flüchtlingen und für ein lebenswertes Hamburg für uns alle!

Unterstützen Sie uns also weiterhin mit Ihrer helfenden Hand, Ihrer Stimme oder einer Spende. Professionelle Kampagnenarbeit und Rechtsberatung kosten viel Geld, sind aber notwendig, um den politischen und juristischen Kampf führen und gewinnen zu können. Wir freuen uns über jeden Beitrag, der hilft, unser gemeinsames Anliegen auch finanziell auf die Beine stellen zu können.

Gemeinsam haben wir Erfolg und können eine integrations- und bürgerfeindliche Wohnungsbaupolitik verhindern! Das zeigt die Osterfeldstraße! Und das wird sich auch für ganz Hamburg zeigen!

Mit besten Grüßen

Rolf Stellermann